

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Band: - (1914)
Heft: 9-10

Artikel: 2. Kriegsflugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801799>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

An die Sektionen des Schweizer. Friedensvereins.

Das Internationale Friedensbureau in Bern hat vor zirka acht Jahren eine Broschüre herausgegeben: «Die Folgen eines europäischen Krieges». Sie wurde von unserem uns leider durch den Tod entrissenen Generalsekretär Elie Ducommun verfasst und beginnt mit den Worten: «Die mehr oder weniger gewollten Aufreizungen zum Krieg, die einen Teil der Presse in Atem halten, vermögen unseren Glauben an die Unmöglichkeit eines europäischen Krieges unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu erschüttern. Wir können uns nicht vorstellen, dass Staatsmänner so leichtsinnig sein können, ihr eigenes Volk in die unergründlichen Tiefen eines allgemeinen europäischen Krieges hinabzustürzen.» Die Friedensgesellschaften aller Länder haben ihre Bemühungen, den Ausbruch eines europäischen Krieges zu verhüten, mit ihrer ganzen Kraft fortgesetzt; dass es dennoch zum Ausbruche desselben gekommen ist, bedauern wir tief, aber entehren kann dieses Vorkommnis unsere Bestrebung nicht. Die Verantwortung für dieses Weltunglück werden vor Gott und allen gerechten Menschen diejenigen zu tragen haben, welche es heraufbeschworen haben. Was nun? Sollen wir nun als Gefäuschte, Gekränkte oder Entmutigte unsere Bemühungen einstellen und in stillem Gottvertrauen warten, bis die Schrecken und Greuel des Krieges vorüber sind, um dann von neuem anzufangen, den Frieden zu predigen? Gewiss nicht! Schon der Schatten und die Vorbereitung zum Kriege hat die Völker zum Nachdenken veranlasst und für unsere Bestrebung empfänglicher gemacht. Die erste Aufregung wird nach und nach schwinden und einer vernünftigeren Denkweise Platz machen. An uns liegt es, diese Zeit auszunützen, um dem Gedanken des durch das internationale Recht gesicherten Völkerfriedens die Wege zu öffnen. Wir müssen mit Mut und Entschlossenheit, überzeugungstreu und unerschrocken, aber verständig und schonend von den Folgen des Krieges sprechen, indem wir die Uebereinstimmung der Voraussagungen J. v. Blochs mit den Ereignissen der Gegenwart hervorheben. Auf diese Weise wird es möglich, das Vertrauen auf unsere Lehren zu stärken und die Wirkung unserer Tätigkeit zu erhöhen. Hierzu wird uns die oben bezeichnete Broschüre ausgezeichnete

Dienste leisten. Wir dürfen uns aber nicht damit begnügen zu beweisen, dass die Völker durch die Prophezeiungen J. v. Blochs vor dem Kriege gewarnt worden sind und die heutigen Ereignisse die natürliche Folge der Vorbereitungen zu diesem sind. Wir dürfen uns nicht als ratlose und verurteilende Ankläger präsentieren, denn damit wäre der Menschheit schlecht gedient. In den Tagen der Not und des Elends wirkt die Anklage und Verurteilung von unberufener Seite höchst unsympathisch und empörend. Unsere nun verstorbene Vorkämpferin Bertha v. Suttner hat uns in ihrem Buche «Der Menschheit Hochgedanken» auf die notwendigen Veränderungen der Lebensweise aufmerksam gemacht, welche den Völkern durch die Fliegerkunst erstanden ist. Wir können unserer Vorkämpferin kein besseres Angedenken erweisen, als wenn wir ihre Werke benützen und ihre Gedanken jederzeit und vor wem es auch sei hochhalten und weiter verbreiten. Wir dürfen davor um so weniger zurückschrecken, da in ihren Worten ein warmer Appell an die Vernunft, die Nächstenliebe, die Güte und den Brudersinn enthalten sind. Auf diese Weise können wir die Völker auf die begangenen Fehler wohlwollend aufmerksam machen und ihnen tröstend die Wege zeigen, welche sie aus der Sackgasse herausführen, in die sie sich durch ihre verkehrte Lebensweise verrannt haben.

Werte Herren Kollegen und Gesinnungsgenossen! Es ist unsere ernste Pflicht, dass wir zu Ehren unserer Bestrebung und zum guten Gedeihen des Völkerfriedens unsere ganze Kraft einsetzen, um uns vor der schweren Anklage der Vernachlässigung und des Kleinmutes, vor Gott, der uns die Erkenntnis geben, und vor den Menschen, welche die Rechtfertigung von uns erwarten, zu schützen.

Herisau, im August 1914.

Der Präsident der Sektion Appenzell:
K. Rüd.

—o—

2. Kriegsflugblatt der Deutschen Friedensgesellschaft.

Europa steht in Flammen! Ein Krieg ist ausgebrochen, wie ihn die Welt seit einem Jahrhundert,

Staate befriedigen zu können. Das soziale Leben unserer Zeit jedoch bedingt einen weit grösseren Umsatz von wirtschaftlichen Werten, als jeder einzelne Staatsbürger für seines Leibes Leben und Notdurft nötig hätte. Dem allem muss der Staat entsprechen, und diese Forderung nötigt ihn zu einer Handelspolitik, die er über seine Grenzen hinaus führen muss. Nicht alles, was gebraucht wird, kann das eigene Land erzeugen; und nicht alles, was im eigenen Lande erzeugt wird, findet hier seinen Absatz. Deshalb muss der Staat Bezugsquellen und Absatzgebiete im Auslande suchen und sich sichern. Um die eigene Notdurft zu befriedigen, tritt der Staat unter die Staaten, wie der Mensch auf den Markt unter die Menschen sich begibt, um zu handeln, zu geben, was er entbehren kann, und dafür zu empfangen, was er braucht. Darin äussert sich die unabänderliche Notwendigkeit des Staates, sich durchzusetzen in der Welt, sich einen Platz an der Sonne zu sichern, wie der deutsche Kaiser einst zu sagen pflegte. Hierin erkennen wir die treibende Kraft im Staate, den Selbsterhaltungstrieb des Staates. Und je mächtiger ein Staat ist, desto wirkungsvoller wird sein Verlangen nach Aeusserung sein, desto nachdrücklicher wird er seinen Forderungen in der Welt

Geltung zu verschaffen suchen. Denn es ist abermals eine Eigenart am Selbsterhaltungstrieb des Staates, dass er nach Achtung strebt. Kein Staat wird um äusserer Vorteile willen seine Eigenart verleugnen, ebensowenig als er sich um des lieben Friedens willen seinen Besitzstand schmälern lassen will. Hier zeigen sich eben Lebensbedingungen, hier äussern sich Wille und Kraft zum Leben. Und Wohlstand innen und Achtung aussen — das sind die Elemente des staatlichen Lebens.

III.

In dieses staatliche Leben hinein stellen wir das Ideal des Völkerfriedens. Fragen wir, ob dieses Ideal da hineinpasst, so müssen wir die Frage rückhaltlos bejahen. Denn wenn, wie wir nachzuweisen versucht haben, der Lebenszweck des Staates seine eigene Erhaltung ist, so kommt das Ideal diesem Zwecke in zweifacher Weise entgegen: Wir treffen hier wiederum mit den unserer Betrachtung zugrunde gelegten Worten des weisen Königs zusammen. «Gerechtigkeit erhöht ein Volk», sagte Salomo. Zweierlei bringt der Spruch dem Volke: eine Pflicht und einen Lohn. Die erstere fordert Zweifaches: Erkenntnis und Tun. Das

seit der Zeit der Napoleonischen Kriege, nicht gesehen, furchtbarer und zerstörender noch als jene, sowohl durch das gigantische Wachstum der Technik und der Zerstörungsmittel, wie durch die unendlich gesteigerte Empfindlichkeit des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens.

Noch vor wenigen Wochen würden die leitenden Staatsmänner Europas es für Wahnsinn erklärt haben, ihre Völker zu einem solchen Kriege aufzurufen; sie würden den Gedanken voll Empörung abgelehnt haben. Nun ist der Wahnsinn Wirklichkeit geworden. Wenn das möglich war, so liegt letzten Endes die Schuld an dem alle Völker beherrschenden und alle internationalen Beziehungen vergiftenden gegenseitigen Misstrauen, einem Misstrauen, das oft genug durch Falschheit und Zweideutigkeit gerechtfertigt wird, das sich leider aber auch auf Zusicherungen erstreckt, die, ehrlich und ohne Hintergedanken abgegeben, Vertrauen beanspruchen dürften. Und dieses Misstrauen steht in Wechselwirkung mit dem Zustand internationaler Anarchie, gegen den sich unsere, der Friedensfreunde, Anklage immer gerichtet hat.

Eine grausige Bestätigung unserer Kritik und unserer Lehren ist diese so unerwartet über Europa hereingebrochene furchtbare Katastrophe.

Wohl ist eine Vermittlung in dem drohenden Konflikt im Sinne der Haager Konvention von verschiedenen Seiten versucht worden. Von dem Schiedsgericht aber, das die Mächte selbst im Haag geschaffen haben, von der Möglichkeit, ihm die ursprünglichen Streitfragen zu unterbreiten, ist ernsthaft kaum die Rede gewesen. Wir beklagen das; aber wir erkennen auch an, dass die Gegensätze, die sich fast gegen den Willen der Machthaber und sicherlich gegen das Empfinden der Völker so verderbenbringend zugespitzt haben, einer nach Rechtsnormen gefällten schiedsgerichtlichen Entscheidung, nachdem die Vermittlung versagt hatte, unter heutigen Verhältnissen nicht wohl zugänglich waren. Wir deutschen Friedensfreunde haben in den vergangenen Jahren oft genug betont, dass die Bedeutung der Haager Institutionen, so epochemachend sie im übrigen sind, gerade für die Beilegung der gefährlichsten Konflikte nicht überschätzt werden dürfe und dass alles, was die Diplomaten dort geschaffen, im Ernstfall nur papiernes Paragraphenwerk bleiben werde, wenn sich nicht eine Umwandlung

in der Gesinnung der Regierungen und der Völker vollziehe und wenn sich nicht über den Einzelstaaten eine im allgemeinen Rechtsbewusstsein fest verankerte internationale Rechts- und Staatenordnung erhebe. Für diese Gedanken haben viele in unserem Volke kein Verständnis gehabt. Sie sahen die Sicherung des Friedens in gesteigerten Rüstungen. Jetzt führt das Misstrauen des Rüstungskampfes zur Katastrophe.

Zum Unseligsten in der verhängnisvollen Entwicklung der letzten Wochen gehört, dass die hoffnungsvollen Ansätze zu einer deutsch-englischen und einer deutsch-französischen Verständigung damit brutal zerstört werden. Das Ergebnis eines glücklichen Kampfes im Osten mag trotz aller Kriegsgreuel dazu führen können, bisher unterdrückte Kulturwerte frei zu machen, — im Westen werden auf jeden Fall, wie der Kampf auch ausgehen möge, glänzende Kulturwerte jammervoll zerstört. Wir wissen, dass Millionen von Engländern und Franzosen mit uns diesen Krieg auf das lebhafteste beklagen und dass unsere — wir wagen trotz des Krieges zu sagen: unsere englischen und französischen Freunde — mit uns ihr Bestes daran gesetzt haben, ihn zu verhindern. Wir wissen besser als viele unserer Landsleute, wie stark und aufrichtig in weiten Kreisen des englischen und französischen Volkes das Bestreben war, mit Deutschland zu einer dauernden Verständigung zu gelangen. Wir sind auch überzeugt: in wenigen Jahren wäre diese Entwicklung stark genug gewesen, um zu verhindern, dass ein kriegerischer Konflikt im Osten auf den Westen Europas übergegriffen hätte. Das ist nun einstweilen alles dahin.

Was uns in den nächsten Wochen und Monaten erwartet, wird ein grausiger Anschauungsunterricht sein in den Lehren des Pazifismus, eine furchtbare Widerlegung derer, die so leichtin von einem frischen, fröhlichen Krieg und dessen Segnungen gesprochen haben. Wohl fühlen wir mit unsern Landsleuten, was der Krieg an ethischen Werten zur Auslösung gebracht hat. Aber zu den grossartigen und erheben den Erfahrungen allgemeiner nationaler Opferwilligkeit wird sich gar bald das Entsetzen gesellen über das Elend, die Verrohung, die Barbarei des Krieges, das laute Jammern über unsagbare Leiden und das stille Weinen über zerstörtes Lebensglück.

Volk soll wissen, worin die Gerechtigkeit besteht, und soll sie üben, wenn es in den Wettbewerb mit den Völkern tritt. Die Bildung des natürlichen Gefühls im Sinne der Gerechtigkeit ist sittliche Arbeit, die der Staat an sich selber verrichtet. Im Handel und Wandel dem Gerechtigkeitsbegriff gerecht zu werden, bedeutet eine Veredlung des Selbsterhaltungstriebes. Das Ideal kommt also hier einer sittlichen Aufgabe entgegen, die der Kulturstaat an sich selber zu erfüllen hat. Es kann keine Frage sein, dass der Staat hinter den gesteigerten Moralbegriffen der modernen Gesellschaft nicht zurückbleiben darf. Sie hat die Menschlichkeit in allen Dingen zum sittlichen Grundsatz erhoben. Nun soll sie den Staat daran erinnern, dass er nach heutigen Begriffen nichts anderes ist als die Erscheinung der Volkseinheit im Völkerverkehre. Wenn nun die besten im Volke einer sittlichen Betrachtungsweise sich befleissen, die im Menschen den Menschen sieht und ehrt und menschliches Dasein als Menschenrecht anerkennt, dann ist es an der Zeit, dass die verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik sich den Gerechtigkeitsbegriff im Völkerverkehre zurechtlegen und im Sinne der Gerechtigkeit ihre Geschäfte zu den benachbarten Staaten tragen. Wenn

diese Praxis einmal unentwegt von einer Nation geübt wird, dann wird man von ihr sagen: Das ist ein gerechtes Volk!

«Gerechtigkeit erhöht ein Volk!» Sittlich hochstehende Menschen werden es fertig bringen, Gerechtigkeit um ihrer selbst willen zu üben. Doch das ist gar nicht einmal notwendig. Es liegt in der Natur des Rechttuns, dass ihm der Lohn folgt. Und je weittragender das sittliche Handeln, das Rechttun, ist, desto merkbarer wird der Lohn sein. So wird auch die Nation um ihrer politischen Gerechtigkeit willen von der Natur ihren Segen bekommen; denn «Gerechtigkeit erhöht ein Volk!» Die Nation gelangt zu Ansehen. Dieses Ansehen aber wird nicht ein platonisches sein. Es wird vielmehr Vertrauen schaffen, und man wird es im weiten Völkerkreise für eine gewinnbringende Politik betrachten, wenn man wirtschaftlichen Anschluss sucht an ein dermassen angesehenes Volk. Hier erweist sich also das Ideal des Völkerfriedens als dem Selbsterhaltungstrieb des Staates dienstbar. Wie anders denn Staatsweisheit soll man es also nennen, wenn der Staat das Ideal des Völkerfriedens in die Reihe der Leitsterne seines Lebens aufnimmt? (Schluss folgt.)

Wir dürfen hoffen, dass nach Wiederherstellung des Friedens Millionen einstimmen werden in den Ruf, den man schon heute auch ausserhalb unserer Kreise hören kann: «Das muss der letzte europäische Krieg gewesen sein.» Unsere Sache wird so aus diesem Kriege neue Kraft gewinnen. Aber dieser Gewinn ist mit dem Tode, dem Leiden und dem Elend von Millionen unschuldiger Opfer zu teuer erkauft.

Ueber die Pflichten, die uns Friedensfreunden jetzt während des Krieges erwachsen, kann kein Zweifel bestehen. Wir deutschen Friedensfreunde haben stets das Recht und die Pflicht der nationalen Verteidigung anerkannt. Wir haben versucht, zu tun, was in unsern schwachen Kräften war, gemeinsam mit unseren ausländischen Freunden, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Jetzt, da die Frage, ob Krieg oder Frieden, unserem Willen entrückt ist und unser Volk von Ost, Nord und West bedroht, sich in einem schicksalsschweren Kampf befindet, hat jeder deutsche Friedensfreund seine Pflichten gegenüber dem Vaterlande genau wie jeder andere Deutsche zu erfüllen. Er wird sich an patriotischer Hingabe nicht von denen übertreffen lassen, die für den Friedensgedanken, als es noch Zeit war, nur Hohn und Spott besaßen. Die allgemeinen Pflichten teilen wir also mit allen Volksgenossen.

Besondere Pflichten aber erwachsen uns Friedensfreunden, auch während des Krieges, überall da, wo blinde nationale Leidenschaft an die Stelle patriotischer Hingabe und Begeisterung tritt. Auch mitten im scharfen Kampfe sollen wir die Pflichten der Gerechtigkeit nicht vergessen, sollen im Gegner den Mitmenschen achten, sollen den Einzelnen nicht büßen lassen für das, was andere aus seinem Volke an uns verschuldet. Diese Pflichten können erfüllt werden, ohne der nationalen Würde etwas zu vergeben. Wir sind überzeugt, in dieser Gesinnung mit der gewaltigen Mehrheit des deutschen Volkes übereinzustimmen; aber es wird sich uns im Laufe des Krieges Gelegenheit genug geben, im Einzelfall an die praktische Anwendung dieser Gesinnung zu mahnen.

Noch eine andere besondere Pflicht erwächst uns während des Krieges: unsere Beziehungen zum Ausland zu benutzen, um gegenüber einem System lügenhafter Berichterstattung, das wir schon jetzt beobachten können, der Wahrheit im Interesse der Menschlichkeit und besonders in unserem Interesse zu ihrem Recht zu verhelfen.

Sobald aber die Möglichkeit eines Friedensschlusses winkt, wollen wir, gemeinsam mit unsern Gesinnungsgenossen in andern Ländern, dafür eintreten, dass ein Friede gewonnen werde, der nicht den Keim neuer Kriege in sich trägt, sondern den Weg öffnet für eine dauernde Friedens- und Rechtsgemeinschaft der europäischen Kulturnationen.

Stuttgart, 14. August 1914.

Deutsche Friedensgesellschaft.

Gez.: Dr. L. Quidde, 1. Vorsitzender.
O. Umfrid, Stadtpfarrer, 2. Vorsitzender.

—o—

Pazifistische Rundschau.

Der Krieg lehrt auch uns manches. Unsere Kampfweise wird sich ändern müssen. Wir dürfen künftig unsere Aufgabe nicht mehr hauptsächlich erblicken in der *Bekämpfung* des Krieges, der Rüstungen, des Völkerhasses, sondern in der *Förderung* des Friedenswillens, des Vertrauens der Völker zueinan-

der, der völkereinigenden Elemente. Diesem Zwecke soll unsere «Rundschau» in höherem Masse als bisher dienen. Nicht leere Proteste gegen Völkerrechtsverletzungen und Krieg sollen hier gebracht werden, sondern wir möchten an dieser Stelle jeweils, und zwar womöglich ausschliesslich zeigen, wie viel Gutes, wie viel die Völker Einigendes besteht, trotz allem und allem besteht. Die menschliche Natur ist derart, dass wir viel leichter, viel schneller nur die Schattenseiten, das Schlechte, Böse in der Welt sehen. Am Guten gehen wir achtlos vorüber. Hieran ist die Presse zu einem grossen Teil mitschuldig, indem sie vorzüglich Nachrichten bringt, welche die Menschen und Völker und Verhältnisse von der schlimmen Seite zeigen.

Die pazifistische Presse — unsere Person eingeschlossen — verfällt gar oft in den nämlichen Fehler. Und diesen Fehler möchten wir künftig vermeiden. Gewiss, wir können und sollen die Augen nicht verschliessen vor dem Schlechten, das in der Welt besteht. Aber wir sollen auch das Gute im Einzelnen wie in Gesamtheiten sehen *wollen*. Dieses Schen*wollen*, insofern es das Gute im Leben verschiedener Völker anbetrifft, zu erleichtern, sei unsere Aufgabe an diesem Orte.

* * *

Jetzt, da der Geist des Hasses den Journalisten der kriegführenden Länder die Feder führt, ist es eine wahre Freude, wenn ein *Avenarius* im Septemberheft des «Kunstwart» seine Stimme erhebt gegen die Art und Weise, wie gegenwärtig die Beziehungen zwischen gesittet sein wollenden Völkern gegenseitig vergiftet werden. «Es ist unser unwürdig,» schreibt er, «jetzt von den Engländern als einer Nation von Dieben zu sprechen, von den Franzosen als von Grossmäulern und Feiglingen, von den Japanern als von den schlitzäugigen Räubern, von den Belgiern als von einem Mördergesindel.» Jeder Freund Deutschlands und deutschen Wesens wird ihm Dank wissen für dieses mannhaft Wort!

* * *

In Genf (Rue de l'Athénée) hat das internationale Komitee des *Roten Kreuzes* eine *Agentur für Kriegsgefangene* eröffnet, welche den darum Ersuchenden Auskünfte über diese erteilt, sowie die Bestellung von Briefschaften und von Geld und Naturalien an kriegsgefangene Personen übernimmt.

Hier mag verraten werden, dass diese schöne Aufgabe ursprünglich das Internationale Friedensbureau in Bern auf sich nehmen wollte, dann aber zugunsten des Roten Kreuzes zurücktrat.

* * *

Unterdessen ist auch für die auf dem Gebiete eines kriegführenden Staates deshalb, weil sie Angehörige eines feindlichen Staates sind, internierten *Zivilpersonen* gesorgt worden. Der schweizerische Bundesrat hat es nach seiner Mitteilung vom 22. September als in der Aufgabe eines neutralen Landes erachtet, das Los dieser Leute nach Möglichkeit zu erleichtern und deshalb Schritte getan, um zwischen den kriegführenden Staaten einen *Austausch* von solchen Internierten herbeizuführen. Unsere im Kriege befindlichen Nachbarstaaten haben diesem Vorschlage zugestimmt und die Vermittlung der Schweiz angenommen. Die Internierten sollen zunächst nach der Schweiz und von ihr aus an die Heimatstaaten befördert werden.

In Bern ist inzwischen vom politischen Departement der Eidgenossenschaft hierfür ein besonderes Bureau eingerichtet worden, das überdies auch die Vermittlung der Korrespondenzen zwischen internier-